



# HESSISCHER LANDTAG

09. 11. 2009

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

**Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
betreffend Handeln statt Jammern: für eine Reform des  
Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die derzeitige Ausgestaltung des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen zu Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der Steuereinnahmen zwischen den Bundesländern führt. Für steuerschwache Bundesländer bestehen nur wenige Anreize, ihre Haushaltssituation aus eigener Kraft zu verbessern. Umgekehrt verbleiben steuerstarken Bundesländern zu wenig Steuereinnahmen zu ihrer eigenen Verfügung.
2. Der Landtag bekennt sich zu einem solidarischen Finanzausgleich sowohl zwischen den Ländern als auch zwischen den Ländern und dem Bund. Allerdings dürfen die Ausgleichssysteme nicht dazu führen, dass die Bemühungen der steuerstarken Länder um die Sicherung ihrer Einnahmehasis und die Konsolidierung ihrer Haushalte konterkariert werden.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,
  - umgehend in Verhandlungen mit den anderen Landesregierungen über eine Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs einzutreten,
  - sich gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag für eine Überprüfung und Neuregelung der Bundesergänzungszuweisungen einzusetzen,
  - die Möglichkeit und Erfolgsaussichten einer erneuten Verfassungsklage gegen das derzeitige Ausgleichssystem zu prüfen und
  - das Vorgehen mit den anderen steuerstarken Ländern abzustimmen.
4. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass sie künftig jeweils zeitgleich mit der Einbringung des Entwurfs des Landeshaushalts über die Ergebnisse ihrer Bemühungen berichtet.

Wiesbaden, 5. November 2009

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tarek Al-Wazir**